



II-10529 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/21-I/6/90

23. März 1990

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

Parlament
1017 W i e n

4840 IAB

1990-03: 23

zu 4878/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wabl und Freunde haben am 24. Jänner 1990 unter der Nr. 4878/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie kommt es, daß die Aufgabe der Vertretung der Interessen der österreichischen Bevölkerung gegen die Gefahren des tschechoslowakischen Atomprogrammes fast ausschließlich Umweltschutzorganisationen zufällt und die österreichische Bundesregierung zur Aufklärungsarbeit in der CSSR keinen Beitrag leistet?
2. a) Welche Dokumente sind den zuständigen Stellen der Bundesregierung bekannt bzw. zugänglich, in denen wissenschaftliche Aussagen zu Projekten des tschechoslowakischen Atomprogrammes bzw. zum gesamten Programm getroffen werden?

(Die Fragesteller ersuchen um eine vollständige Liste der Dokumente unter Anführung des Projektes, auf das sich das jeweilige Dokument bezieht).
- b) Welche dieser Dokumente stammen aus der CSSR?
- c) Welche stammen aus Österreich?
- d) Welche aus anderen Ländern?
3. a) Welche Aussagen werden in der deutschen Zusammenfassung der MALEK-Studie getroffen?

- 2 -

- b) Was war der Grund dafür, daß diese Studie nicht sofort übersetzt und zum Anlaß für diplomatische Initiativen genommen wurde?
 - c) Wie ging der Aktenlauf dieser Studie von der Übergabe bis zu Ablage vor sich?
 - d) Entspricht die Haltung, die der zuständige Beamte des Bundeskanzleramtes bei der Behandlung dieser Studie an den Tag gelegt hat, Ihrer Auffassung von der Bedeutung dieser Studie sowie der Frage der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung vor den Gefahren ausländischer Kernkraftwerke?
 - e) Welche Konsequenzen werden Sie aus dem Verhalten dieses Beamten ziehen?
4. Wie lautet der Text des Memorandums, das Österreich am 24.10.1989 dem tschechoslowakischen Außenminister überreichte (s.o.!)?
 5. Welche sonstigen Maßnahmen hat die österreichische Bundesregierung in der Vergangenheit gesetzt, um die tschechoslowakische Regierung von der Notwendigkeit einer Abkehr vom Atomprogramm zu überzeugen?
 6. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung diesbezüglich in Zukunft?
 7. Werden Sie mit der neuen tschechoslowakischen Regierung Verhandlungen über ein Abkommen betreffend den Ausstieg der CSSR aus der Kernenergienutzung und die österreichisch-tschechoslowakische Kooperation in Fragen der effizienten Energienutzung aufnehmen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Leitlinie in den Aktivitäten der Bundesregierung zum Schutz der österreichischen Bevölkerung vor Gefährdungen durch ausländische Kernkraftprojekte war bisher, durch eine konsequente Durchführung der bilateralen Abkommen mit den Nachbarländern jene Informationen zu erhalten, die für die Gewährleistung der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung notwendig sind.

- 3 -

Daher entspricht es nicht den Tatsachen, daß die Vertretung der Interessen der österreichischen Bevölkerung gegen die Gefahren des tschechoslowakischen Atomprogramms "fast ausschließlich" Umweltschutzorganisationen zufalle. Die österreichische Bundesregierung hat bei vielen Gesprächen die Besorgnis Österreichs gegenüber den tschechoslowakischen Kernkraftwerken zum Ausdruck gebracht und wird dies selbstverständlich auch in Zukunft tun.

Im übrigen verweise ich hinsichtlich der konkreten politischen Aktivitäten der österreichischen Bundesregierung und ihrer Mitglieder auf die Beantwortung zu den Fragen 5, 6 und 7.

Zu Frage 2:

1. Studie von Ing. Jiri NEDOMA über Erdbebensicherheit ("On the protection of the construction and operation of nuclear power plants in Central Europe with respect to the tectonics of European Alpids. A conception study.") Prag, 1988.
2. Stellungnahme der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Hofrat Dr. Julius DRIMMEL, zu Studie unter Punkt 1., Wien 1990.
3. Projektstudie von Ing. Emil MALEK über den Bedarf an Kühlwasser für Atomkraftwerke, besonders für den Sekundärkreislauf unter Berücksichtigung der bisher vorausgesetzten Einrichtungen, einschließlich der Analyse und der Beurteilung weiterer Zusammenhänge und Folgen, Prag 1983.
4. Nachreichung einer zweiseitigen Zusammenfassung in deutscher Sprache dazu von Ing. MALEK, Prag 1989.

- 4 -

5. Erweiterte Zusammenfassung der Studie unter Punkt 3 in deutsch.
6. Deutsche Übersetzung zur Studie unter Punkt 3.
7. Stellungnahme des Bundeskanzleramts, Sektion VII, zur Studie unter Punkt 3.
8. Prognose der wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung der CSSR bis 2010, Entwurf, Prag 1988.
9. Deutsche Zusammenfassung dazu, Wien 1989.
10. Studie des Österreichischen Ökologieinstituts über das Gefahrenpotential des Atomkomplexes Temelin, Wien 1988.
11. Studie der Gruppe Ökologie Hannover "der WWER-440": Osteuropas wichtigster Reaktor, Gefahren/Geheime Störfälle/Katastrophenszenarien, Ein Schwarzbuch, Hannover, April 1987.
12. Beschreibung des WWER-1000: "Overall Plant Design Description VVER, Water cooled, Water Moderated Energy Reactor", Washington 1987.
13. Studie des Instituts für landwirtschaftliche Ökologie der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften: "Landwirtschaftlich-ökologische Folgen des Baus und Betriebes des Atomkraftwerks Temelin", Kremsa 1983.
14. "Tricet let ceskoslovenskeho jaderneho programu" (Dreißig Jahre tschechoslowakisches Kernprogramm), Atomenergiekommission Prag, 1985, in tschechischer Sprache.

- 5 -

15. "Emergency Planning for Nuclear Power Plants in Czechoslovakia", Vortrag gehalten bei einem Symposium der IAEO, IAEO-Dok. IAEA-SM 280/68, Wien, 1986.
16. Jahresberichte der Meßergebnisse über Radioaktivität im Umkreis des Kernkraftwerks Dukovany, in Richtung der österreichischen Staatsgrenze.

Zu Frage 3:

- a) Ein Exemplar der deutschsprachigen Zusammenfassung des Autors selbst bzw. einer erweiterten Zusammenfassung entsprechend Punkt 4 der Antwort zu Frage 2 liegt dieser Beantwortung bei.
- b) Eine diplomatische Initiative im Juni 1989, bei der ein Rückschluß auf die Informationsquelle nicht auszuschließen gewesen wäre, hätte die Person des Informanten schwer gefährdet, was auch der Informant selbst in der nachgereichten Zusammenfassung durch den Hinweis feststellte, daß seine Vorgangsweise gemäß § 38 des tschechoslowakischen Strafgesetzbuches mit Strafe zwischen 3 und 5 Jahren schweren Kerkers bedroht war.
- c) Die Studie wurde von Ing. MALEK am 26. Mai 1989 der österreichischen Botschaft in Prag übergeben und von dort am 29. Mai 1989 dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Wien vorgelegt. Sie befand sich vom 1. bis 6. Juni 1989 beim Sachbearbeiter, wurde am 6. Juni 1989 abgefertigt und langte am 12. Juni 1989 im Bundeskanzleramt-Sektion IV ein.

Da die Studie vom Informanten vertraulich vorgelegt wurde, war besondere Vorsicht geboten. Um eine unnötige Publizität zu vermeiden, die nur mit einer Gefährdung des Informanten

- 6 -

einhergehen konnte, sollte eine Übersetzung im Zuge der Vorbereitungsphase für die österreichisch-tschechoslowakischen Expertengespräche, die in Kürze zu erwarten gewesen waren, erfolgen - und zwar in einer Form, die nicht auf die Herkunft der Informationen schließen ließ. In dieser üblicherweise 6 - 8 Wochen andauernden Vorbereitungsphase war auch die inhaltliche Bearbeitung durch die zuständigen Fachressorts vorgesehen.

Unabhängig davon wurde intern eine Übersetzung des Inhaltsverzeichnisses und der Einleitung verfertigt, welche einen guten Überblick zur Einschätzung der im Jahre 1983 erstellten Studie gab. Es wurde klar, daß es sich dabei um eine sehr weitgefaßte, allgemein gehaltene Betrachtung der Kernenergie und ihrer Gefahren sowie um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kernkraftwerk Temelin handelte.

Da trotz mehrerer Urghenzen ein Termin für die längst fälligen Expertengespräche bis Dezember 1989 nicht festgelegt werden konnte und als Folge der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Tschechoslowakei schließlich die erwähnte Gefährdung des Informanten MALEK wegfiel, wurde vom Umweltbundesamt Wien zur Jahreswende 1989/90 eine ausführliche Zusammenfassung der MALEK-Studie in deutscher Sprache hergestellt, die die Grundlage für die weitere interministerielle Behandlung darstellte.

Zu dieser Zusammenfassung wurde mit Datum vom 12. Februar 1990 eine Stellungnahme des Bundeskanzleramts-Sektion VII abgegeben (siehe Punkt 7 der Antwort zu Frage 2). Gleichzeitig wurde im Jänner 1990 die vollständige Übersetzung der MALEK-Studie in die deutsche Sprache veranlaßt, die nunmehr seit 22. Februar 1990 im Bundeskanzleramt vorliegt (siehe Punkt 6 der Antwort zu Frage 2).

- 7 -

Ich halte fest, daß die MALEK-Studie bis heute nicht "abgelegt" ist, sondern selbstverständlich weiterhin bearbeitet wird, wobei neben den radiologischen Fragen, die bereits vom Bundeskanzleramt-Sektion VII behandelt wurden, auch seismologische und hydrogeologische Aspekte kommentiert werden sollen.

- d) Wie bereits ausgeführt wurde, hat der Beamte zwei wesentliche Schutzziele im Auge gehabt:
Einerseits den Informanten vor der strafrechtlichen Verfolgung in seinem Land zu schützen und andererseits die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung dadurch zu beachten, daß geprüft wurde, ob zum damaligen Zeitpunkt durch neue Erkenntnisse eine gegenwärtige, unmittelbare und konkrete Gefährdung der österreichischen Bevölkerung durch das Projekt Temelin bestand oder ob bis zu den nächsten Expertengesprächen eine inhaltliche intensive Behandlung der Studie abgewartet werden konnte.
- e) Eine Überprüfung des Verhaltens des Beamten im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht sowie einer niederschriftlichen Einvernahme hat dazu geführt, daß der Beamte angewiesen wurde, in derartigen Fällen seine Vorgesetzten unverzüglich und genauest zu informieren.

Eine weitergehende Maßnahme wurde aufgrund der Ergebnisse der Überprüfung nicht gesetzt.

Zu Frage 4:

Das Memorandum ist als Beilage dieser Beantwortung ange-schlossen.

- 8 -

Zu den Fragen 5, 6 und 7:

Zahlreiche Treffen mit Ministerpräsidenten bzw. anderen Regierungsmitgliedern der CSSR wurden in den vergangenen Jahren zum Anlaß genommen, auf die Besorgnis der österreichischen Bevölkerung über die Kernkraftwerke in der CSSR hinzuweisen und mit aller Entschiedenheit einen Baustop, insbesondere des Projekts Temelin, sowie auch die Einstellung des gesamten Atomprogramms zu fordern.

Ich selbst habe bei meiner Unterredung mit dem neuen Ministerpräsidenten der CSSR, Dr. Marian CALFA, am 30. Jänner 1990 die österreichischen Argumente wiederholt und überdies um Aufklärung der Vorgänge in der Uranerz-Aufbereitungsanlage MAPE er sucht. Darüber hinaus habe ich angeregt, in gemeinsamen Fachtagungen Fragen des Umweltschutzes und der Energiewirtschaft - unter besonderer Berücksichtigung von umweltverträglichen Formen der Energiegewinnung bzw. -nutzung - zu behandeln.

Selbstverständlich habe ich Ministerpräsident CALFA auch er sucht, daß die seit September 1988 nicht abgehaltenen Expertengespräche gemäß dem bilateralen Abkommen raschestmöglich wieder aufgenommen werden, um die in der Zwischenzeit neu hinzugekommenen Sachverhalte diskutieren zu können. Im Rahmen dieser Expertengespräche sollen die den österreichischen Stellen vorliegenden Studien sowie alle in Rede stehenden Störfälle in tschechoslowakischen Kernkraftanlagen erörtert werden.

Weiters möchte ich mitteilen, daß Frau Bundesministerin Dr. Marilies FLEMMING mit ihren tschechoslowakischen Gesprächspartnern das Übereinkommen erzielt hat, eine österreichisch-tschechoslowakische Kommission "Umweltschutz - Energiepolitik und wirtschaftliche Entwicklung" einzurichten. Diese Kommission - in der auch das Bundeskanzleramt vertreten sein

- 9 -

wird - soll von den Bereichen Ökologie, Wirtschaft, Energiewirtschaft und Verwaltung beschickt werden. Ziel der Arbeit der Kommission soll sein, alle umweltrelevanten Aspekte von Energiefragen unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Kernenergie zu behandeln, wobei vor allem ein Ausstieg der CSSR aus der Atomtechnologie erörtert werden soll.

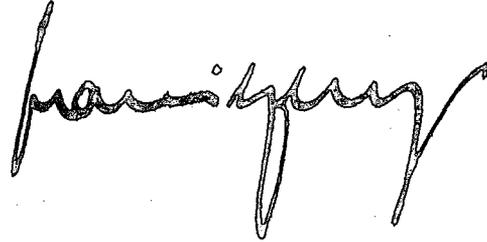
Da auch in der CSSR die Frage des Energiesparens eine immer größere Bedeutung gewinnt, wurde weiters zugesagt, der CSSR die Struktur der vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in Auftrag gegebenen Studie "Energiesparpotentiale für Österreich" zur Verfügung zu stellen. Sollte von tschechoslowakischer Seite daraufhin ein persönlicher Erfahrungsaustausch mit österreichischen Experten gewünscht werden, könnte dies ebenfalls initiiert werden.

Des weiteren möchte ich folgendes zur Kenntnis bringen:

Noch zur Amtszeit von Bundeskanzler Dr. Bruno KREISKY wurde zur Beratung des Regierungschefs in Angelegenheiten der Kernenergie die sogenannte Reaktorsicherheitskommission (RSK) gegründet. Da ich persönlich auf dem Standpunkt stehe, daß ein objektives und effizientes Beratungsinstrument sich nicht - wie dies im Rahmen der RSK hauptsächlich geschah - auf Fragen der Sicherheit von Kernanlagen beschränken sollte, werde ich - per Verordnung nach § 8 BMG 1986 - anstelle der RSK ein "Forum für Atomfragen" einrichten, welches über Fragen der Sicherheitstechnik hinaus alle mit der Kernkraft in Beziehung stehenden - ökonomischen, ökologischen, energiewirtschaftlichen und rechtlichen - Aspekte erfassen soll, die einer koordinierenden Behandlung bedürfen. Dieses "Forum für Atomfragen" wird mit unabhängigen, im In- und Ausland anerkannten Experten aller relevanten Fachdisziplinen besetzt sein.

- 10 -

Die Bundesregierung wird jedenfalls auch weiterhin der Besorgnis der österreichischen Bevölkerung Rechnung tragen und auf die Einstellung der Atomenergieprogramme in der CSSR hinwirken und bis zur Erreichung dieses Ziels dafür eintreten, die Sicherheit bestehender Anlagen ständig zu verbessern.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kainz', is centered on the page below the typed text.

Beilage A

Zu Frage 3a)

Kurze Zusammenfassung meiner Ansichten zum Aufbau der CS KKW.

Der Aufbau der CS KKW ist nicht nötig und wäre schädlich und gefährlich nicht nur für CS, aber auch für die Nachbarländer - besonders für Österreich und BRD!

Für CS wäre es besser, und sicherer mit altbewährten klassischen Mitteln, also mit Hilfe eigener Gegendruck- und Entnahmedampfturbinen, Brennstoffersparnisse zu erzielen, die real und größer sind als erzielbare problematische Brennstoffersparnisse, die bei voller Realisierung der CS KKW Aufbaupläne, erreichbar sind. Da könnte für CS auch UDSSR als Vorbild dienen, weil dort der spezifische Brennstoffverbrauch pro KWh um 1/3 bis 1/4 kleiner war als in CS!

Mit dieser Lösung könnte CS an Investitionskosten noch rund 200 Milliarden Kronen ersparen!

Die Zeitung "Rudé právo" hat am 3. 9. 1977 die Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Štrougal veröffentlicht, wo er behauptete, ..dass CS jährlich 23-30 Millionen Tonnen Einheitsbrennstoffes unnützlich verschwändet....

Die bis 2000 in CS geplante KKW Leistung ist 10200 MW, was bei Ausnutzungsdauer 5-7000 Stunden jährlich... die Ersparnis an Braunkohle ...51-71 Millionen Tonnen bringen könnte und der " " Einheitsbrennstoff 17-24 " " entspricht, was aber um 20 % kleiner ist, als das, was Štrougal angegeben hat!

Der Aufbau der CS KKW Industrie/Skoda/ ist dupliziert mit dem Aufbau derselben Industrie in UDSSR /Atommaš/. Das ist teuer und für CS unerträglich und unaussichtlich, weil CS dazu keine nötige Forschungsbasis haben kann, weil die Forschung auf diesem Gebiete, zu viel mit Militär in Verbindung ist.

Auch in der Welt kann man die Abneigung von KKW beobachten.

Die VVER Anlagen sind veraltet... und die 1000 MW Einheiten noch nicht betrieblich bewährt. Die finnischen Loviisa VVER KKW Einheiten haben westdeutsche KWU Regelung und Westinghaus Containment.

Der Aufbau der CS KKW ist für CS Wirtschaft unerträglich, weil die geplanten Investitionskosten mehrmal überschritten werden, was die ganze CS Ökonomie bedroht.

Der Aufbau des KKW Temelín 4000MW rechnete mit Investitionskosten 40 und später 52-68 Milliarden Kčs.

Aber Dipl. Ing. Halouska/VLK CSSR frag/schreibt in der Zeitung Hospodářské noviny Nr/28/1988 St.3, dass CS im Vergleich mit dem Westen schlechter ist, weil in CS bei dem Aufbau der KKW-Stahlverbrauch 5 mal, Betonverbrauch 3,5 mal, Arbeitsverbrauch 3mal und... größer sind als im Westen!

In USA kostet jetzt der Aufbau 1000 MW KKW Einheit 3 Milliarden US\$!

Auch die weiteren groben Fehler bei der Gesamtplanung CS KKW stellen große Gefahren dar - besonders die Seismizität, meteorologische Gegebenheiten, Wasserverbrauch, ...

Zum Beispiel: für KKW Temelín wurde, nach Fachausdrückung Dr. Kárník, ČSAV bei ČEZ Konferenz, behauptet, dass die Lokalität Temelín die schlechteste in CS und für den Bau des KKW ganz ungeeignet ist. Das ist auch aus der neotektonischen Landkarte klar und übereinstimmend mit USA Federal Gesetzanordnung 38 FR 31279 Teil 100-Kriterien für die Lokalitäten der KKW, und mit den Fachausführungen Dr. Vaniek' und Dr. Schenk' ČSAV, die in der Zeitschrift: Casopis pro fyziku Nr 5-1983 enthalten sind. Das ist sehr gefährlich, weil die Lokalität des KKW Temelín am Rande des noch jetzt seismisch tätigen Alpenerrdrüches liegt, und die seismische Energie setzt sich, nach den oben erwähnten Fachausführungen, frei eben in der Umgebung der Erdbrüchen, wo KKW Temelín liegt!

Dazu hat CS Skoda eigene Feststellungen der Beschädigungen des unlängsten Erdbebens im Rumänien, wo Dr. Vaniek ČSAV festgestellt hat, dass mehr als 90% der Rohrleitungssysteme der klassischen Wärmekraftwerke beschädigt waren! Und bei KKW sind die Rohrleitungen aus Sicherheitsgründen der wichtigste Teil, sie viel radiotoxisches Wasser enthalten

2

Und trotzdem hat dann Dr Kárník untergeschrieben, dass die Lokalität Temelín für den Aufbau des KKW in Ordnung ist? In CS ist es nämlich schwer die Wahrheit über beschlossene technische Angelegenheiten zu sagen, weil nach dem § 38 des Strafgesetzes.... jeder, der den Aufbau wichtiger sozialistischen Bauten stört.... wird mit 3-5 Jahren Gefängnis- sofort scharf in der 3. Klasse bestraft.

Der Staatsplan ist in CS das höchste Gesetz und die Staatsnormen praktisch nur verbindliche Richtlinien.

Mit der Seizmizität ist es ähnlich in der Lokalität Mochovce, wo dagegen zusätzlich erst jetzt etwas gemacht werden soll.

Die negativen langfristigen Auswirkungen der KKW Anlagen und besonders der KKW radiotoxischen Abgasen bei dem normalen Betrieb und bei den Pannen und Katastrophen auf Krebs- und Mutation-Entstehung, besonders bei Kindern und jungen Leuten, waren zweifellos bewiesen, und trotzdem werden die Bedrohungen und Beschädigungen bestritten, verheimlicht, bagatelisiert, herabgesetzt und geheimgehalten.

Im südböhmischen Tiefland, wo Temelín liegt, treten noch weitere gefährliche Gegebenheiten hinzu:

Der jetzige langjährige Betrieb der Uranerzraffinerie MAPE, die zwischen KKW Temelín und Budweis im Gebiete der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Divčice bei KW Mydlovary, liegt, verursacht radioaktive Verseuchung bei Tierzucht- In der LG Genossenschaft verursacht Leukämie und Mutationen, womit mehr als 80% der Tiere betroffen war. Dokumentation dazu ist geheim und liegt bei RSDr Jáchym, Kreisleitung Budweis.

Die Zahl der Krebsneuerkrankungen steigt dort immer und ist gross. /Atlas zdravotnictví CSSR, Punkt 6/. Zum Beispiel im Jahre 1987 waren es im Kreis Südböhmen 156 Krebsneuerkrankungen/100 000 Bewohner, in der Zeit 1980-84 waren es 106-112 " in der Slowakei, und in der selben Zeit lagen diese Angaben unter 50 und waren 3mal kleiner.

Die Verdampfungswolke des KKW Temelín /rund 5 m³/Sekunde/ der Kühltürme wird zwar den südböhmischen Talkessel abschliessen und die vertikale Zirkulation der Luft hindern und damit nicht nur die Bevölkerung des südböhmischen Tieflandes bedrohen, aber auch die Nachbarn Österreich und BRD mit fallender radiotoxischen Föhnströmung beschädigen.

Zwischen Protivín und Divčice liegt ein reiches Gebiet der zerstreuten Uranerze und dort darauf soll der grösste KKW der Welt- 4000 MW in Temelín und 2000 MW in Dubenec aufgebaut werden! Das muss aber in Verbindung mit Ausstrahlung der KKW zu unvorstellbaren Verseuchungen und Bedrohungen führen.

Auch die allgemeine Gleichgültigkeit in CS ist gefährlich, was zum Beispiel der Anstieg der "Olhavarien in CS in der Zeit 1977-87 von 210 auf 340 jährlich dokumentiert /Květy 87/. Die Verhinderung der Olhavarien ist leichter als bei KKW, wo noch jetzt manche Probleme der Versagung der Regelung, der Abschirmung, der Entsorgung, der Endlagerung und der Entschädigung... ungelöst sind und das bedroht alle.

Daraus folgt, dass schlechte, aber praktisch unangreifbare Staatspläne über den Aufbau der CS KKW, die aus falschen und fehlerhaften Vorstellungen ausgehen, beschädigen unnötig nicht nur die CS Ökonomie, aber stellen auch riesige ökologische langfristige Belastung und Bedrohung der jetziger und künftiger Generationen nicht nur für CS aber auch für die Nachbarn dar.

Beilage B

Zu Frage 4

M e m o r a n d u m

Die immer intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen Österreich und der CSSR ist ein Anlaß, die Position Österreichs zur friedlichen Nutzung der Kernenergie erneut darzulegen.

Mittels einer wichtigen Entscheidung hat das österreichische Parlament der Sorge vieler Menschen um die negativen Auswirkungen und Gefahren von Kernkraftwerken durch das Atomsperrgesetz, BGBl.Nr. 676/1978, Rechnung getragen. Nach diesem Gesetz dürfen in Österreich Kraftwerke, die durch Kernspaltung elektrische Energie erzeugen, nicht errichtet oder in Betrieb genommen werden.

Da die Gefahren der Kernenergie an den Landesgrenzen nicht haltmachen, ist der öffentlichen Meinung in Österreich daran gelegen, daß Österreich auch international eine klare Stellung bezieht und sich weltweit dafür einsetzt, daß möglichst weitgehend auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichtet wird. Österreich verfolgt diese Politik auf der Grundlage der Regeln des Völkerrechts und auch im Geiste der guten Nachbarschaft.

Österreich setzt sich für die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ein und zwar im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß nach wie vor viele Staaten die friedliche Nutzung der Kernenergie für unverzichtbar halten. Österreich ist daher bestrebt, durch den Abschluß bilateraler Abkommen und andererseits durch entsprechende Initiativen im Rahmen der IAE0, der

- 2 -

Vereinten Nationen und innerhalb der KSZE auf eine größtmögliche Sicherheit der Kernanlagen hinzuwirken. Der Passus der Schlußakte des Wiener Folgetreffens der KSZE vom Jänner 1989, wonach die einzelnen Staaten die volle Verantwortung für die Sicherheit ihrer Kernanlagen übernehmen und die Sicherheit der Kernanlagen eine enge internationale Zusammenarbeit erfordert, entspricht der österreichischen Auffassung, daß sich aus dem Betrieb von Kernanlagen eine Pflicht zur internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ergibt.

Unter dem Eindruck der wachsenden globalen Umweltprobleme hat sich auch weltweit die Auffassung verstärkt, daß jedes Land, dort wo es um die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes unseres Planeten, also um vitale Lebensinteressen der gesamten Menschheit und ihrer Nachkommenschaft geht, nicht nur eine Mitverantwortung trägt, sondern auch ein Mitspracherecht besitzt.

Es genügt heute nicht, auf die Zerstörung der Umwelt in anderen Teilen der Welt hinzuweisen und die Einstellung umweltgefährdender Aktivitäten zu fordern. Vielmehr soll jedes Land bereit sein, an der Lösung der brennendsten grenzüberschreitenden Umweltprobleme nach Kräften mitzuwirken. Österreich ist bereit, seinen Beitrag hierzu auf bilateraler, regionaler und globaler Ebene zu leisten.

Grenzüberschreitende Umweltprobleme bilden einen aktuellen und kontinuierlichen Gegenstand der nachbarschaftlichen

- 3 -

Beziehungen. Österreich ist bestrebt, mit der CSSR auf allen Gebieten des Umweltschutzes und des Strahlenschutzes sowie im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit aller kerntechnischen Anlagen im Rahmen des Völkerrechts und insbesondere auf der Grundlage der bestehenden Verträge zusammenzuarbeiten.

Ein wichtiges Ziel dieser Zusammenarbeit sollte darin liegen, in absehbarer Zeit zu möglichst übereinstimmenden Konzepten für die Erhaltung der Umwelt auf beiden Seiten der Grenze zu gelangen. Diese Konzepte sollen bei der Bevölkerung beider Staaten eine breite Akzeptanz finden. Österreich ist jederzeit bereit, mit der CSSR auf allen Ebenen einen intensiven Dialog darüber zu führen, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden und Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden könnte.